

Medienkonferenz vom 1. Oktober 2018

Es gilt das gesprochene Wort

Ein Rahmenabkommen muss das Ziel bleiben

Gian-Luca Lardi, Vizepräsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweiz ist wahrlich ein Sonderfall: mitten in Europa gelegen, umgeben von Ländern der Europäischen Union, selber nicht Mitglied und gerne eigenständig, aber doch in vielfältigen Beziehungen mit ihren Nachbarn verbunden. Diese Beziehungen stehen seit jeher im Mittelpunkt unseres politischen Geschehens, seit einiger Zeit aber wieder auf dem Prüfstand. Überschattet wird das traditionell gute Verhältnis zur EU, weil zum einen die Union intern bereits mehr als genug Baustellen hat. Zum anderen führt die direkte Demokratie hierzulande zu Entscheidungen – Stichwort Masseneinwanderungs-Initiative –, welche die EU nicht goutiert und uns darum mit sogenannten Nadelstichen ärgert. In dieser komplizierten Situation kann es nicht überraschen, dass sich die Klärung und Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU so schwierig gestaltet, wie dies derzeit der Fall ist.

Die Ausgangslage in der Schweiz ist delikat. Gesucht ist nichts weniger als eine innen- wie aussenpolitisch mehrheitsfähige Lösung in Form eines institutionellen Rahmenabkommens, das Rechtssicherheit in den bilateralen Beziehungen herstellt. Werfen wir einen Blick auf die Fakten: Die Europäische Union ist und bleibt bis auf Weiteres der wichtigste Handelspartner der Schweiz, auch wenn andere Staaten im Aussenhandel an Bedeutung gewinnen. Die Schweiz exportiert heute mehr als die Hälfte aller Waren in die EU. Ohne einen hindernisfreien und stabilen Marktzugang in die EU wäre dieser Erfolg für die kleine und offene Schweizer Volkswirtschaft nicht möglich gewesen. Insbesondere die Personenfreizügigkeit hat sich für unser Land in verschiedener Hinsicht nachweislich positiv ausgewirkt: zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs, bei der Finanzierung der Sozialversicherungen, auf die Innovationskraft. Umgekehrt wäre die längerfristige Rechtsunsicherheit, sollte keine Einigung über ein Rahmenabkommen mit der EU erzielt werden können, schlecht für die Schweiz. Ihr Ruf als Hort der politischen Stabilität, die sie für Unternehmen und Investoren so attraktiv macht, stünde auf dem Spiel. Kurz: Viele Arbeitsplätze und dadurch unser Wohlstand wären gefährdet.

Darum erachtet es der Schweizerische Arbeitgeberverband als ein wichtiges Ziel, mit der EU ein Rahmenabkommen abzuschliessen. Allerdings ist die Qualität des Verhandlungsergebnisses wichtiger als das Tempo. Wenn sich das vielzitierte Zeitfenster bald schliesst, ohne dass man in sämtlichen Punkten einig geworden ist, sind die Verhandlungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt erneut aufzunehmen.

Bei den für die Arbeitgeber besonders bedeutsamen flankierenden Massnahmen heisst dies konkret: Zunächst wäre zu prüfen, inwiefern das jetzt eng gefasste Verhandlungsmandat, das die flankierenden Massnahmen als rote Linie definiert, angepasst werden müsste. Anschliessend wären in diesem Rahmen die Möglichkeiten zu eruieren, der EU entgegenzukommen, ohne das bestehende Lohnschutzniveau anzutasten. Zu denken wäre etwa an technische Modernisierungen der Abläufe, mit denen die Voranmeldefrist für Dienstleistungserbringer aus der EU verkürzt werden könnte.

Bei einer genaueren Betrachtung wird klar: Die Lage ist nicht so verworren, wie sie auf den ersten Blick scheinen mag. Halten wir uns an die bekannte Redensart «Was lange währt, wird endlich gut» und setzen wir uns in diesem Sinn beharrlich für stabile und zukunftsfähige Beziehungen zu unseren Nachbarn ein – ohne unsere Prinzipien aufzugeben, aber doch mit der nötigen Aufgeschlossenheit.